

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 450 Mark. Einzelne Nummern 20 Mark.
Bemerkungen: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14674.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Kaufbedingungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigenabteil 75 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 150 M., unter Eingeladn 180 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfuhrentendenz, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufskarte von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 302

Freitag, 29. Dezember

1922

Vier Tage vor der Pariser Konferenz. Einigung über die Grundlinien in Berlin.

Die Reichsregierung soll sich am Donnerstag über die wesentlichen Grundlinien der noch Paris zu richtenden Vorschläge nach langem Hin und Her schlüssig geworden sein. Für Freitag ist deshalb eine abschließende Besprechung mit Vertretern der Wirtschaft beabsichtigt. Bei dem nach Paris zu übermittelnden Vorschlag handelt es sich nach unseren Informationen in der Hauptsache um einen Plan, der eine endgültige Lösung vorseht und in dem eine feste Summe, die nach Ansicht der Regierung der deutschen Leistungsfähigkeit entspricht, angegeben werden wird. Auch sind bestimmte Garantien vorgesehn, die hauptsächlich von der Industrie getragen werden sollen.

Im Verlauf der Kabinetsberatungen haben innerpolitische Motive, die von dem Reichswirtschaftsminister Becker und dem Reichsaussenminister verfochten wurden, eine gewisse Rolle gespielt. Der vorgesehene Plan an sich stellt jedoch ein Kompromiß zwischen der Auffassung der einzelnen Regierungsmitglieder dar. Eine einheitliche Auffassung, insbesondere über die Höhe der anzubietenden Summe, konnte nicht zustande kommen.

Langsam beginnt man jetzt auch in den Entente-Kreisen Vorbereitungen für die am 2. Januar in Paris beginnende Konferenz zu treffen. Bonar Law soll z. B. einen neuen britischen Reparationsplan ausgearbeitet haben, aber den er auch mit Deutschland zu verhandeln gedenkt. Das Programm scheint der Außenpolitik Poincarés insofern entgegenzukommen, als es sich zu Sanktionen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß der von Deutschland zu zahlende Betrag auf eine vernünftige Summe herabgesetzt wird, aber die Sanktionen erst dann in Kraft treten sollen, wenn Deutschland die Zahlung dieser herabgesetzten Summe nicht ordnungsgemäß leistet. Sollte über die Reparationsfrage im allgemeinen eine Einigung in Paris zustande kommen, dann will der englische Ministerpräsident Vorschläge über die Lösung der Frage der alliierten Schulden machen. Während also auf der letzten Londoner Konferenz das Reparationsproblem mit der Frage der alliierten Schulden verknüpft wurde, soll jetzt jede Frage einzeln behandelt werden. Schon daraus ist zu entnehmen, daß ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich auch in Paris nur schwer zustande kommen wird.

Bonar Laws Reparationsplan.

London, 29. Dezember.

Bonar Law wird am Montag nach Paris abreisen. Es steht noch nicht fest, wer ihn begleitet. Im Laufe der Woche wird ein Kabinetsrat zur Besprechung der britischen Politik abgehalten werden. Einer Blättermeldung zufolge wird Bonar Law, wenn die Atmosphäre auf der Konferenz günstig ist, einen Plan zur Behandlung der Reparationsfrage einbringen.

In der Zeitschrift „Times“ ist sich in einem „England zwischen Europa und Amerika“ betitelten Aufsatz der frühere Chefredakteur der „Times“, Henry William Stead, mit den politischen Plänen Bonar Laws auseinandersetzt. Den Ausführungen Steads ist um so mehr Bedeutung beizumessen, als Stead während und nach dem Kriege ein ausgesprochener Gegner Deutschlands war und ihm infolgedessen eine Umschmückung der Tatsachen zugunsten Deutschlands vollkommen fern liegt.

Stead macht in diesem Aufsatz Poincarés darauf aufmerksam, daß er Bonar Law sehr mißverstanden habe, wenn er daran glaube, daß eine Sonderaktion Frankreichs im Ruhrgebiet den Fortbestand der englisch-französischen Entente retten könnte. Es liege nicht im Zusammenhang Bonar Laws, Drohungen anzubringen. Er ziehe es vor, anzunehmen, daß seine Mitunterredner sich über die Folgen ihrer Handlungen Rechenschaft abzulegen wissen. Bonar Law weiß sehr gut, daß das englische

Volk sich entschieden gegen eine Ausdehnung der Besetzung deutschen Gebietes wende. Bonar Law wünscht, Deutschland keine Geschenke zu machen und er wünsche auch nicht, daß dies sich seinen Verpflichtungen, die gerecht seien, entziehe. Er würde auch zustimmen, daß die englischen Forderungen gegenüber den Alliierten herabgesetzt oder annulliert würden, und er würde auch auf den englischen Reparationsanteil verzichten, wenn dadurch eine praktische Lösung der Reparationsfrage erfolgen könnte.

Aber mit einem müssen die französischen Staatsmänner unbedingt rechnen, daß Bonar Law eine Besetzung des Ruhrgebietes oder wenigstens der Hauptpunkte des Ruhrgebietes als eine Schädigung Englands und des übrigen Europas betrachte und daß eine derartige Maßnahme in jedem Falle peinliche Folgen für die französisch-englischen Beziehungen haben müsse.

Man könnte die deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark auf etwa 40 Milliarden herabsetzen. Man könnte die Schuldverschreibungen der Kategorie C und etwa ein Viertel der Kategorie B vernichten, ebenso die alliierten Schulden. Es sollte aber die deutsche Schuldsumme nicht nur endgültig auf den oben erwähnten Betrag festgesetzt werden, sondern Deutschland auch die Bedingungen und die Zeiträume beizubehalten werden, in denen es sich in billiger Weise seinen Zahlungsverpflichtungen unterziehen könnte. Man könnte auch eine Aufhebung der Reparationsleistungen unter die Alliierten vorsehen.

Die Abrüstung des ganzen Gebäudes wäre ein Vertrag zwischen Frankreich, England und Belgien, der die Sicherheit aller Interessenten gewährleisten würde, wobei gleichzeitig die Entmilitarisierung der Rheinlande unter der Kontrolle des Völkerbundes erfolgen könnte. Unter Entmilitarisierung versteht er natürlich die Räumung der Rheinlande durch die alliierten Truppen.

Poincarés Absichten für den 2. Januar.

(United Telegraph.)

Paris, 29. Dezember.

Am Dual d'Orsay herrscht gegenwärtig eine fleißigste Tätigkeit, um das technische und wirtschaftliche Programm für die am 2. Januar beginnenden Besprechungen vorzubereiten. Die Sachverständigen arbeiten Tag und Nacht. Es verläutet, daß die französische Regierung einen umfangreichen und genau begründeten Bericht ausarbeiten, um darzulegen, daß Deutschland im Laufe dieses Jahres tatsächlich die nötigen Holzmassen zu seiner Besetzung gehabt hätte, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Bericht sollergart darauf, daß die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen absichtlich nicht erfüllt habe. Poincaré soll die sehr wohlhabende, auf der Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten unbedingt und in erster Linie die absichtliche Verletzung Deutschlands feststellen zu lassen, damit er das Recht erhält, sofort Sanktionen und Zwangsmaßnahmen anzuwenden.

Keine Note Poincarés.

Paris, 29. Dezember.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas dementiert die vom „Petit Journal“ verbreitete Nachricht, Poincaré würde der deutschen Regierung in einer Note mitteilen, er sei bereit, jeden Reparationsvorschlag zu prüfen, wenn er nicht auf Handelsabkommen von Privatpersonen und Finanzinstituten basiere. Diese Nachricht ist vollkommen falsch. Der Ministerpräsident hat weder eine Note über etwaige Vorschläge der deutschen Regierung nach Berlin gerichtet, noch eine Note, wie das „Petit Journal“ eben-

falls behauptet hatte, über die verweigerten Stahllieferungen.

Mussolini geht nicht nach Paris.

Paris, 29. Dezember.

Einer Meldung aus Rom zufolge erklärte Mussolini im gestrigen Ministerrat, er werde am 2. Januar nicht nach Paris gehen, denn die fehlende diplomatische Vorbereitung für die Pariser Konferenz mache es unmöglich, eine definitive Lösung des Reparationsproblems zu erzielen. Die italienischen Botschafter in London und Paris, Corsetta und Areggano, werden Italien vertreten.

Die amerikanische Anregung zu einer Wirtschaftskonferenz.

London, 29. Dezember.

Neuer meldet aus Washington: Die erste offizielle Andeutung über die Stellungnahme zu einer internationalen Wirtschaftskonferenz erfolgte gelegentlich der gestrigen Rede von Lodge im Senat, wo dieser darauf drang, daß der Präsident nicht gehindert werden solle, bei den Bemühungen, die er gegenwärtig unternimmt, das Staatsdepartement hat es abgelehnt, sich zu äußern, aber es verläutet, daß Präsident Harding ernstlich in Erwägung zieht, dem Senat ein Rundschreiben zuzuschicken, in dem er Mitteilungen über die Verhandlungen machen und sein Bedauern über das Eingreifen des Kongresses ausdrücken werde, da seine Bemühungen vielleicht behindert könnten. Es verläutet ferner, daß Harding verschiedene Schritte darüber sondiert hat, ob eine Wirtschaftskonferenz erwünscht sei. Aber die Frage, ob diese Konferenz in Amerika abgehalten werden solle und ob Amerika daran teilnehmen werde, ist inoffiziell nicht bekannt geworden.

London, 29. Dezember.

Neuer meldet aus Washington: Präsident Harding hat in einem Briefe an Senator Lodge den Senat aufgefordert, den Antrag vorab über eine neue Wirtschaftskonferenz nicht anzunehmen, weil ihn dies bei den Verhandlungen behindern würde, die wegen einer internationalen Wirtschaftskonferenz geführt würden. Der Brief besagt, der Senat könne in angemessener Weise bezüglich internationaler Verhandlungen seinen Rat erteilen, aber ein Beschluß im Sinne vorab könnte bei den europäischen Mächten einen falschen Eindruck erzeugen. Die Regierung bemähe sich bei der Regierung der europäischen Mächte, die seit vielen Monaten in eingehender und wohlüberlegter Weise erwogen worden sei, drittlich zu sein. Der Präsident erklärt, die Reparationsfrage sei die Grundursache der europäischen Schwierigkeiten. Amerika könne aber nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, einer Nation zu sagen, was sie an Reparationen bezahlen müsse, und einer anderen, was sie annehmen müsse.

Haller und die Warschauer Nordbergschwärzung.

Warschau, 29. Dezember.

Im Zusammenhang mit der Ermordung des Staatspräsidenten Karutowitsch haben in den letzten Tagen zahlreiche Hausjuchungen auch in Privatwohnungen stattgefunden. Die Untersuchungen ergaben u. a. die erstaunliche Tatsache, daß die Warschauer Jagdgesellschaft in ihrem Laden in der Krulenkawstraße, ohne Genehmigung des Regierungskommissars, Waffen, und zwar nicht nur Jagdwaffen, sondern auch Revolver an diejenigen Personen veräußerte, die eine Legitimation der antijemitschen Aktionsgesellschaft Rogwoi vorweisen. Auch in den Klümen des Verbandes der oberösterreichischen Russen und des Verbandes der Angehörigen der ehemaligen Hallerschen Armee fanden Revolver, Pistolen, Ferner stellte sich heraus, daß die Wohnung

des Generals Haller fortgesetzt in telephonischer Verbindung mit einem bestimmten Polizeikommissariat der Stadt Warschau stand, wodurch die Zusammenarbeit von Haller mit der Polizei gegen die Regierung sich ohne weiteres ergibt. Großes Aufsehen erregt ferner die Feststellung, daß in dem Gebäude, in dem die Ausstellung stattfand, bei deren Eröffnung der Staatspräsident ermordet wurde, am Tage des Attentats die telephonische Leitung vorher durchgeschnitten worden war.

Ein Jahr des Aufstiegs?

Die Bedeutung eines Jahres über die geschichtliche Entwicklung wird nicht in seinen letzten Tagen, sondern meist nach Jahrzehnten richtig beurteilt. Erst die Distanz läßt das wirkliche Bedeutsame eines Zeitraumes vor dem Unbedeutenden hervortreten. Wie wäre wohl im Jahre 1903 ein deutscher Schriftsteller verfaßt worden, der, zurückblickend auf das Jahr 1902, geschrieben hätte, daß dieses Jahr die Katastrophe Deutschlands besiegelt habe. Und doch war es so. England hatte damals seinen letzten Versuch gemacht, mit Deutschland in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen; an dem Wiederaufbau Wilhelm II., an den von Tirpitz inspirierten Flottenplänen war auch dieser Versuch gescheitert. Damit entschied sich Englands Politik. Es trat auf die Seite der Gegner Deutschlands und begann die Entfesselung, die 1914 unter Vorwand wurde. Aber wer in den Neujahrskartons des Jahres 1903 blättert, findet kaum ein Wort über diese Wendung des Schicksals. Die wenigsten Deutschen haben überhaupt die Außerpolitik verfolgt, und noch heute dürften neue Kapitel der Bevölkerung nicht wissen, daß das „versteckte Alibi“ jahrelang eifrig um die Freundschaft Deutschlands geworben hat. Und die etwas von den Dingen wußten, haben ihre Bedeutung nicht erkannt. Ihnen schien anderes weit wichtiger, was inzwischen längst vom Strudel der Ereignisse verschlungen ist.

Wird heute ein Politiker verfaßt werden, der das hinter uns liegende Jahr 1922 als ein Jahr des Aufstiegs bezeichnet? Es ist anzunehmen. Wie — wird man ihm entgegenrufen — hast du ganz vergessen, daß in diesem Jahre der Wert der deutschen Mark, von Anfang bis Schluß betrachtet, auf den vierzigsten Teil gefallen ist? Hast du vergessen, daß in diesem Jahre die Bevölkerung einschließlich unter Zwang, Not und Mangel gelitten hat? Doch die Entente neue Positionen gegen uns ausgeübt hat? Doch realistische Rückversicherungen eine Tätigkeit wie nie zuvor entfaltet?

Und doch... Vielleicht wird der Geschichtsschreiber von 1950, unter allgemeiner Billigung, den Satz niederschreiben: Damals, im Jahre 1922, begann, dank der konsequenten und eifrigsten Erfüllungspolitik, das Schicksal Deutschlands seine erste Wendung zum Besseren zu nehmen.

Wir erleben bereits Symptome. Sie sind so stark, daß eigentlich niemand in Deutschland — trotz der agitatorischen Phrasen der Radikalen rechts und links — eine Abkehr von dieser Politik wünscht. Als das Kabinett Birtz 1921 die Erfüllungspolitik inaugurierte mit der Begründung, daß nur so die Beilegung des Ruhrgebietes zu verhindern sei, erklärte der Führer der Deutschen Nationalen, Herr Hergt: Die Besetzung des Ruhrgebietes kommt doch, so oder so. Sie ist bisher nicht gekommen, und der Repräsentant der französischen Annexionspolitik, Herr Poincaré, hat noch kurz vor Jahreschluß die Erklärung abgegeben müssen, daß er diese Besetzung niemals beabsichtigt habe. Natürlich ist das nicht richtig. Herr Poincaré spielt die Rolle des Fuchses, dem die Trauben zu sauer sind. Wären wir aber den deutschen Nationalen Rezepten gefolgt, so hätte sich gegenüber den französischen Besetzungsplänen auch nicht eine Stimme in der Welt für Deutschland erhoben. So hat das Beto Englands und Amerikas den französischen Sölden in die Schenke gebannt.

Deswegen hängt unser Zukunftsschicksal nicht voller Weigen. Der Erfüllungsweg ist rauh und hart, und er wird es auf absehbare Zeit bleiben. Aber es ist doch ein großer Erfolg, daß heute die vor Jahresfrist heiß umstrittene Forderung eines Rotarotiums und einer Anteihe für Deutsch-

Land kaum mehr nach der Seite des „ob“, sondern fast nur nach der Seite des „un“ hin orientiert.

Die Lösung dieses Problems wird sich nicht glatt vollziehen, aber es ist bis somit ungewarheit, daß man sie für das kommende Jahr abschließen kann.

So lange freilich die Sozialdemokratie in Opposition steht, muß sie ihre besondere Augenmerk darauf richten, daß die Sicherheit der Republik keinen Schaden erleidet.

Wir sehen den Kampf, die und in Deutschland noch um die republikanische Staatsform zu bestehen, keineswegs angestrichelt entgegen.

Alles, was wir uns im einzelnen zum neuen Jahr vorstellen und wünschen, kann falsch sein und fehlerhaft.

Hilfe für Deutschlands hungernde Kinder.

Mit Rücksicht auf die zunehmende Hungergefahr der deutschen Kinder beginnt in Amerika im Januar ein neuer großer Werksfeldzug für das Elend in Deutschland.

Wissenschaft und Kunst.

Geschichten vom jungen Schubert.

Franz Schuberts Persönlichkeit, die in seinen Werken unerschütterlich fortlebt, ist uns auch in ihren rein persönlichen Zügen in letzter Zeit durch allerlei Romane, Operetten usw. nahegebracht worden.

In dem Nachtgespräch des Reichsministers über die Ernährung und Gesundheitsfrage, der die Zustimmung der getreideproduzierenden Wirtschaften gefunden hat.

Die Gewerkschaften beim Reichstanzler.

Vorzugsweise kein politisches Ergebnis.

Die von den Spitzenverbänden der Gewerkschaften angeregte Besprechung fand heute nachmittags beim Reichstanzler statt.

Bei der Aussprache über das Reichseinkommensteuergesetz wurde von den Gewerkschaftsvertretern, entsprechend der vorher eingereichten Denkschrift, auf die faule Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und auf die Unbilligkeit hingewiesen.

Zur Frage der Wohnungsfürsorge wurde darauf hingewiesen, daß die sehr wesentlich gesteigerte Wohnungsbaubehauung verbunden sein müsse mit weitgehender Einwirkung auf die Preise aller Baupreise.

Zusätzlich wurde über die Preisgestaltung und die Vorkämpfung der Verhinderung des übermäßigen Wertevermehrung der Waren gesprochen.

Streitgefähr.

Die wachsende Erregung über die unentschiedene Aufstellung der Lohn- und Gehaltsbezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden im Monat Dezember hat in den verschiedensten Kreisen die Streitgefähr heraufbeschworen.

Die Organisationsverbände aus den Kreisen ihrer Verwaltungsstellen und Justizämter viele Hunderte von Protestschreibern, die erbeten lassen, daß eine hochgradige Erregung, wie sie nie zuvor bekannt war, allenfalls vorhanden ist.

Es ist zu erwarten, daß die Reichsregierung dem Verlangen der Spitzenorganisationen nachgibt.

Neue Bestimmungen für das besetzte Gebiet.

Einreise und Aufenthalt.

In einer neuen Verordnung hat die Internationalisierte Rheinlandkommission die Bestimmungen über die Einreise in das besetzte Gebiet und den Verkehr, sowie den Aufenthalt in ihm zusammengefaßt und in verschiedener Hinsicht geändert.

Einen Ausweis gleicher Art oder einen Paß muß jeder deutsche Staatsangehörige über 16 Jahre, der im besetzten Gebiet wohnt, besitzen, wenn er in das besetzte Gebiet einreisen will.

Die von den deutschen Behörden in Afrika ausgeführt wurde, werden jetzt durch einen Bericht der englischen Fachzeitschrift „Lancet“ ergänzt.

ziel zu geben und sich im Übrigen verpflichtet, die deutschen politischen Maßnahmen für möglich zu machen.

Die deutschen Staatsangehörigen, die aus einem anderen Lande als Deutschland kommen, müssen, ebenso wie die Angehörigen der an der Besetzung nicht beteiligten Nationen, im Besonderen von ihren heimischen Behörden ausgestellt werden.

Die „München Neuesten Nachrichten“ sind von der internationalisierten Rheinlandkommission auf drei Monate im besetzten rheinischen Gebiet verbannt worden.

Im Ruhrrevier sind, nach der „Münchener Zeitung“, mehrere Personen, die in dem Verdacht stehen, für die landesverräterischen Bestrebungen des Herrn Smeets gearbeitet zu haben, verhaftet worden.

Verhaftung von Landesverrättern und Rechtsputzigen.

Im Ruhrrevier sind, nach der „Münchener Zeitung“, mehrere Personen, die in dem Verdacht stehen, für die landesverräterischen Bestrebungen des Herrn Smeets gearbeitet zu haben, verhaftet worden.

Kleine politische Nachrichten.

Die „Frankfurter Nachrichten“ melden: Unter der Beschuldigung, gegen das Gesetz zum Schutze der deutschen Republik sich vergangen zu haben, sind in Mannheim etwa 20 jüngere Leute verhaftet worden.

Wissenschaftliche Nachrichten.

Die landliche Kultur und die geistige Lage der Arbeiterklasse (Berichterstatter Dr. Ulrich-Dresden); Die landliche Kultur und das Bauerntum (Berichterstatter Direktor Bäcker-Stautgen); Jugend und Jugendbewegung (Berichterstatter Wilhelm Reich, Treibacher); Die Krise der Wissenschaft (Berichterstatter Dr. Abgermann, Treibacher); Die Krise der Weltanschauung (Berichterstatter Direktor Reuter-Neubadl); Die Krise der Erziehung (Berichterstatter Dr. Hübner-Jena).

Theaternachrichten.

Sächsische Staatstheater. Opernhaus. Sonntag, am 31. Dezember (Silvester): Die Fledermaus. Opernhaus. Hans Rüdiger als Gast. Anfang 8 Uhr.

Ein neuerdichtete Dante-Handschrift.

Von dem Danteschen Text „de vulgari eloquentia“ existieren, wie bekannt, nur sehr wenige und überlieferte Handschriften. Als die wichtigste wurde bisher die in Genua angefertigte, die Corbinelli für die erste gedruckte Ausgabe (Paris 1877) benutzte.

Ein englischer Artikel über Orger 205.

Die bedeutsamen Mitteilungen von Meins und Fischer über die Behandlung des Tropenpockenkrankheiten mit dem neuen Mittel Orger 205, die von den deutschen Behörden in Afrika ausgeführt wurde, werden jetzt durch einen Bericht der englischen Fachzeitschrift „Lancet“ ergänzt.

Das Holz als Vorwand. Keine rechtliche Handhabe zu Strafmaßnahmen.

Berlin, 28. Dezember.

Der Beschluß der Reparationskommission, der die Besetzung Deutschlands hinsichtlich der ihm auferlegten Holzlieferungen festsetzt, hat auch hier einen Interpretationsstreit zur Folge.
Der Paragraph 17 der einschlägigen Vertragsbestimmungen spricht von einer Nichterfüllung der Lieferungen, welche die Reparationskommission, wenn sie formell festgestellt ist, den beteiligten Mächten mitzuteilen hat.
Der Paragraph 18 dagegen, der von den eventuellen Strafmaßnahmen handelt, macht diese ausdrücklich von einer "vorläufigen Nichterfüllung" abhängig.
Die Reparationskommission hat tatsächlich nur eine Nichterfüllung im Sinne des Paragraphen 17 festgestellt und den alliierten Mächten mitgeteilt.

Dies ist nun eine Kontroverse darüber entstanden, ob diese Feststellung ausreicht, um die Strafmaßnahmen des Paragraphen 18, die eine vorläufige Besetzung des Bodensatzes haben, zu rechtfertigen (1). Eingelagte französische Blätter geben der Auffassung Ausdruck, daß die Entscheidung darüber den unabhängigen Regierungen zukomme. Das ist jedoch nicht richtig. Der Paragraph 12 der Anlage II zum achten Teil des Friedensvertrages sagt vielmehr ausdrücklich, daß die Reparationskommission selbst für die Befolgung der Bestimmungen dieses Teiles des Friedensvertrages verantwortlich ist.
Nach Paragraph 13, Ziffer 1, kann sie darüber nur mit Einmütigkeit entscheiden. Ist dies nicht möglich, so kann die Meinungsverschiedenheit nicht durch Anordnung der Regierungen beigelegt werden, so ist es dem Schiedspruch einer unparteiischen Persönlichkeit zu unterbreiten.
Die Reparationskommission hat übrigens ihren gestrigen Beschluß den verbündeten Regierungen lediglich zur Kenntnis gebracht, ohne, wie es im Paragraphen 17 vorgehien ist, ihnen irgendwelche Verfügungen für zu ergreifende Maßnahmen zu unterbreiten.

Die deutsche Darstellung.

Berlin, 28. Dezember.

Von Vertretern der Reichsregierung sind der Reparationskommission am 2. d. M. über die Frage der Ausfälle in den Holzlieferungen des Jahres 1922 Erklärungen abgegeben worden, aus denen folgendes hervorzuholen ist:
Am 6. Dezember 1921 erhielt die deutsche Regierung auf mehrfache Anfragen die erste vorläufige mündliche Mitteilung über die vorausgesetzlichen Anforderungen der alliierten Länder.
Obwohl eine formelle Anforderung der Reparationskommission noch nicht vorlag, hat der Reichskommissar bereits am 15. Dezember 1921 mit Vertretern der Staatsräte und des privaten Waldbesitzes sowie den Sachverständigen die Aufbringungsbedingungen besprochen. In der Sachverständigenbesprechung mit der Reparationskommission am 20. Januar 1922 gab Frankreich seine Schnittholzforderung nicht bekannt. Die Protokolle über diese Sitzung mit den Spezifikationen gingen dem Reichskommissar erst Ende Januar zu und bedurften noch mehrerer Mitteilungen. Die endgültigen Kommanden sind der deutschen Regierung erst am 31. März und über die englischen Lieferungen am 20. April zugegangen. Trotz des ihm vorliegenden ungenügenden Materials hat der Reichskommissar bereits am 11. März Januar vorläufig die Vorbereitungen getroffen, um die Durchführung der Lieferungen zu sichern. Bereits am 11. Februar wurden die ersten Verbindungsentwürfe veröffentlicht und als Einzelentwurf für die Angebote der 27. Februar bestimmt. Bereits vorher waren die Lieferungen der Länder aufgestellt worden, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die geforderten Holzlieferungen für die Reparationskommission zur Verfügung gestellt würden, wozu sie sich ausnahmslos bereit erklärten.
Das Ergebnis der vom Reichskommissar veranstalteten Ausschreibung brachte keine volle Deckung der gestellten Anforderungen, sodaß er sich genötigt sah, auf dem Wege des privaten Ankaufes im freien Handel den Abschluß weiterer Verträge zu tätigen, was auch nicht sofort zur vollen Aufbringung führte.
In den Befehlen, die sich zunächst ordnungsmäßig zu entwickeln schienen, trat infolge der im Monat Juni beginnenden starken Senkung der Holzpreise ein schwerer Rückschlag ein, der alle Berechnungen über den Aufbau wies und die Lieferungen zum Stutzen brachte. Der Reichskommissar hatte keine ähnlichen Verträge in Papierform abgeschlossen. Infolge des Sturzes der Holzpreise konnten die Lieferanten mit den Vertragspreisen weder den aufenden Kostendeckungsbedarf noch den Betriebskosten insbesondere die Löhne und Transportausgaben decken und gingen bei Durchsicht der Verträge dem Staat entgegen. Sie stellten daher die Lieferungen ein.
Der Reichskommissar versuchte anfangs pflichtgemäß Lieferungen zu erzwingen und schritt sogar zur Enteignung gewisser Vorräte. Als sich herausstellte, daß er damit nicht zum Ziele kommen würde, hat er die Reichsregierung, ihm das Recht zu gewähren, zukünftig Ver-

träge auf der Basis der Goldmark abzugeben und die Erfüllung abgeschlossener Verträge durch Erhöhung der vereinbarten Preise zu ermöglichen. Trotz der erheblichen Bedenken wegen der Nichterfüllung eines derartigen einer Reichsbehörde gewährten Rechtes auf die eigenen Reichsbedürfnisse und damit auch die Reichsfinanzen entsprach die Regierung dem Antrage und räumte dem Reichskommissar allein diese Ermächtigung ein. Auf Grund dieser Ermächtigung einigte sich der Reichskommissar seit Ende Juli mit der überwiegenden Mehrheit der Lieferanten und brachte die Lieferungen wieder in Gang. Durch diese unvorhergesehene Situation war sehr viel kostbare Zeit verlorengegangen. Weitere wesentliche Hemmnisse traten durch die Handhabung der Abnahmemaßnahmen ein. In zahlreichen Fällen hatten die Abnahmekommissionen der alliierten Länder sehr strenge Anforderungen, als nach den Kommanden oder Protokollen vorgehien war. Wenigstens auf die Vorstellungen der deutschen Regierung diese Übergriffe abgestellt wurden, so traten diese Fälle durch Zeitverlust und Transportaufwendungen mit sich. Die betroffenen deutschen Lieferanten verzögerten sich auch, die Lieferung unter diesen protokolldidrigen Bedingungen zu leisten und sogar teilweise ihre Angebote zurück. Es stellte sich heraus, daß die Forderungen der alliierten Länder auf Holzarten und Abmessungen unter Bedingungen, wie sie in Deutschland nicht üblich sind, von der deutschen Holzindustrie als erhebliche Last empfunden wurden. Die von den Lieferanten als schwerste dem Reichskommissar die Aufbringung des Holzes außerordentlich.
Bis zum 15. November d. J. wurde der Schwellenbedarf für Belgien vollkommen sichergestellt und die Schmitt-holzlieferungen für Frankreich aufgebracht. Die für England vorgesehene Probefieferung von 10.000 cbm wird bis Ende 1922 erfüllt sein. Die außerdem angeforderten 70.000 cbm sind bereits abgeliefert. Bei den Telegraphenleitungen waren wegen der von den alliierten Ländern geforderten Abmessungen, die eine besondere Ausfertigung des in Deutschland handelsüblichen Materials erforderlich machten, Angebote nur in geringen Quantitäten zu erlangen. Wegen der sehr strengen Imprägnierungsbestimmungen konnte ein großer Teil der bereits gelieferten Holzstücke zur Ablieferung gelangen. Bei Erdenholz wurde die ursprüngliche Anforderung auf 50.000 cbm im März in fünf Exemplar umgeändert. Zur Erzeugung muß der am 1. Oktober 1922 begonnene neue Versuch benutzt werden. Die Lieferung wird voraussichtlich für die spezifizierten angegebene Menge bis Ende 1923 fristgemäß durchgeführt werden. Für den Holzbedarf von 55.000 cbm für die Schmittholzlieferung für Italien ist bereits ein Betrag von 30.000 cbm mit Genehmigung der italienischen Regierung angekauft worden. Nachträglich verlangte aber der italienische Abnahmecommissar eine Änderung der vorgezeichneten Abnahmemaßnahmen und stellte sonst bei anderen Lieferungen nicht vorgelegene Bedingungen. Da die deutsche Firma sich weigerte, darauf einzugehen, mußte sie aus dem Vertrage ausfallen werden.
Diese Darstellung zeigt die ernstlichen Anstrengungen der deutschen Reichsregierung und des Reichskommissars. An diese Schilderung wird unter Hinweis auf die Möglichkeit, daß nicht sämtliche angegebenen Mengen bis zum Endtermin abgegeben werden können, die maßgebende Bitte um Verzichtung der Abgabens- und Lieferungsfristen bis zum 1. April 1923 geknüpft. Damit würde für die gesamten Holzarten eine tatsächliche Verzögerung von zwölf Monaten gegeben sein, die auch sicher von den beteiligten alliierten Sachverständigen bei den Verhandlungen anfangs Januar ins Auge gefaßt worden war. Die Darstellung schließt mit der Feststellung, daß im Hinblick darauf, daß Verzögerungen in der Abnahme hervorgerufen wurden, dieser Antrag der Billigkeit zu entsprechen scheint.

Die öffentliche Meinung Englands gegen Zwangsmaßnahmen.

London, 29. Dezember.

Die "Times" führen in einem Leitartikel über die deutsche Auffassung bezüglich der Reparationen u. a. aus: Anscheinend beabsichtigt die französische Regierung, die Entscheidung der Reparationskommission für die bevorstehende Konferenz zu denägen. Die britische öffentliche Meinung sei jedoch nicht bereit, die Reparationsfrage vom Standpunkte der Anwendung von Sanktionen und Garantien zu betrachten. Die internationalisierte Konferenz könne tatsächlich nur erfolgreich sein, wenn die Frage der Sanktionen und Garantien für den Augenblick in den Hintergrund gestellt würde. Die deutsche Regierung und die deutschen Industriellen müßten in eine Lage versetzt werden, in der sie jeden Ansporn haben würden, sich ernstlich und für einen längeren Zeitraum dem Werke der Stabilisierung der Mark und der Angleichung des Budgets zu widmen. Da sie in ihrem augenblicklichen unordentlichen Zustande keine regelmäßigen Reparationslieferungen leisten könnten, müßte ihnen ein Moratorium gewährt werden, allein zu dem Zweck, ihre Finanzen in Ordnung zu

bringen. Während des Moratoriums müßten die deutschen Finanzen einer aktiveren Überwachung unterworfen werden.

England sei vollkommen für eine vernünftige wie irgendwelche Lösung des Reparationsproblems. Es gebe aber keinen Teil der öffentlichen Meinung, der zustimmen würde, daß die britische Regierung im augenblicklichen Stadium Zwangsmaßnahmen unternehme, die nur jede Hoffnung auf eine allgemeine Lösung zum Scheitern bringen könnten.

Die Amerikaner waren nicht dabei.

Berlin, 28. Dezember.

"Chicago Tribune" stellt fest, daß in der Sitzung der Reparationskommission am 28. d. M. in der die Frage der Holzlieferungen behandelt wurde, keiner der amerikanischen offiziellen Vertreter bei der Kommission anwesend war. Man umgibt diese Tatsache mit der Bemerkung, daß dies ein Wille der amerikanischen Delegation gewesen sei, zumal in Washington.

Waldrecht gegen die Politik der Sanktionen.

New York, 28. Dezember.

Der Beschluß der Reparationskommission, Deutschland mit den Holzlieferungen zu bestrafen, wurde in Waldrecht erst nach Schluß des offiziellen Berichtsvertrages bekannt. Auf dem Kuratorium, der sogenannten Strajensbüro, riefen die Abteilungen der alliierten Parteien den Vorwurf hervor und hatten Beschlüsse der Exekution in Paris zur Folge. Jedoch der Markkurs um 10 Proz. nachgab. Heute wird die Situation wieder etwas ruhiger beurteilt. Allgemein tritt jedoch die Auffassung zu Tage, daß vor allem der Politik der Sanktionen ein Ende gemacht werden müsse, um die Voraussetzungen für finanzielle Hilfe zu schaffen.

Kein Ergebnis in Lausanne.

Die Kapitulationsfrage.

Lausanne, 28. Dezember.

Die gestern von den Alliierten einberufene Sitzung des zweiten Ausschusses der Konferenz über die Kapitulationsfrage fand heute statt, führte aber zu keinem Ergebnis. Nachdem der britische Delegierte Sir Horace Rumbold über die Ergebnisse in der türkischen Unterkommission ausführlich berichtet hatte, legten der Präsident des Ausschusses (Garros) und die Vertreter der alliierten Staaten: Sam Pompad, Gay-fol, Lord Curzon sowie der amerikanische Vertreter Child ausführlich den Standpunkt der alliierten Mächte dar, indem sie alle auf die Notwendigkeit hinwiesen, daß die Kapitulationen unbedingt durch ein neues Fremdenkapital ersetzt werden müßten.

James Pascha, der zweimal im Laufe der Sitzung das Wort ergiff, erklärte zunächst, daß die alliierten Vorschläge unannehmbar mit der türkischen Souveränität seien, und daß die türkische Rechtsprechung hinsichtlich Garantien beste.

Nachdem Lord Curzon die türkische These sehr lebhaft festhielt und nachdrücklich der Öffnung Ausdruck gegeben hatte, daß die Forderungen der alliierten Redner Rechnung tragen würden, erklärte James Pascha, daß er in einer der nächsten Sitzungen antworten werde. Viel bemerkt wurde das Eingreifen des amerikanischen Vertreters, der hervorhob, daß die vorzeitigen Verpflichtungen der Türkei nicht einseitig und nicht ohne Einigung mit den Alliierten geregelt werden könnten, und daß der Staat, den die Kapitulationen, auch die Kontrahenten, dieser gewachsen hätten, ihnen nicht entgegen werden dürfe. Am Schluß der Sitzung stellte Garros nochmals die Gegenüberstellung der alliierten und der türkischen Auffassung fest.

Die britische Mittelmeerflotte kehrt nach dem Orient zurück.

London, 29. Dezember.

Reuter meldet aus Malta: Infolge der ungenügenden Nachrichten aus Lausanne verlautet, daß die britische Mittelmeerflotte Befehl erhalten hat, wieder nach dem Orient zurückzukehren. Antischiff ist nicht zu erfahren. Es heißt aber, alle verfügbaren Schiffe würden heute mittig in See gehen.

Ramenews Bericht.

Rußlands Außenpolitik.

Woskna, 29. Dezember.

Wie wir bereits gemeldet haben, wurde der kürzlichige Rückzug nach einem Besichte Ramenews über die innere und äußere Politik der Sowjetregierung informiert. Im ersten Punkt enthält der Bericht die Forderung nach Schaffung eines Bundes der Sowjetrepubliken. Zur ausländischen Politik: Sowjetrußlands totale Ramenews, daß die Zeit darüber sei, da Rußland gestärkt war, jedweden Vertrag zu unterzeichnen. England gehe nur nach solchen Abkommen ein, die ihnen politischen und militärischen Interessen entsprächen. Wie Wasser eines solchen Abkommens der Vertrag von Rapallo gelte. Hinsichtlich der Beziehungen zu

Endlich sollen die Verhältnisse in der Marinekapitalstadt untergeordnet werden.
Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Vorgeschichte des Krieges ist gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, in welcher der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Fischer, als Sachverständiger seinen Bericht über die deutsch-englischen Beziehungen von der Zeit Bismarcks bis zum Weltkrieg zu Ende führte.
Der Ausschussleiter Dr. Braun hat, dem Reichsarbeitsminister Dr. Brüning, die neuen Lohnverhandlungen für den Aufbruch auf den 3. Januar im Reichsarbeitsministerium festgelegt.
Die West-Preussische Arbeiter haben gestern beschlossen, auf die Forderungen des Reichsarbeitsministeriums zur Preisermäßigung nur nach dem Reuigebnisse zu warten. Falls es dabei die geforderten Gebührepreise nicht herabzusetzen werden, soll die Herabsetzung von Marktantrieb bis zur Bewilligung der geforderten Preise eingestellt werden.

Veränderungen des Dienstvertragsgesetzes.

Berlin, 28. Dezember.

Das Reichsgesetz über die Dienstverträge des Reichsfinanzministeriums gegen verschiedene vom preussischen Landtag beschlossene Bestimmungen des preussischen Beamtenstellengesetzes vom 1921 in den meisten Punkten entsprechen. Es werden infolgedessen verschiedene Änderungen notwendig sein:
Die Dienstzeit von Militärbeamten wird bis zur Höchstgrenze von 13 Jahren angesetzt. Die Dienstzeit der Beamten des Reichsfinanzministeriums wird von 12 Jahren auf 15 Jahre erhöht. Die Dienstzeit der Beamten des Reichsfinanzministeriums wird von 12 Jahren auf 15 Jahre erhöht. Die Dienstzeit der Beamten des Reichsfinanzministeriums wird von 12 Jahren auf 15 Jahre erhöht.

Kommunistische Wahrheitsliebe.

In der kommunistischen Presse reitet man erneut eine Lüge gegen Minister Lipinski, weil es sich angeblich um einen dem Reichsarbeitsminister Lipinski durch die Spionage des Reichsfinanzministeriums erwirbt. Die kommunistische Presse behauptet sogar, daß der Minister damit gelegentlich einem Arbeiter die Ausübung der aus seiner Wahl erfließenden Rechte und Pflichten unmöglich mache.
Die armen kommunistischen Leser erfahren natürlich nicht, daß das Ganze wieder einmal ein Schwindel ist. Wahr ist, daß der Minister heute eine gesetzliche Möglichkeit zur Erfüllung solcher Aufgaben aus Staatsmitteln gar nicht hat. Und warum nicht? Einzige Schuld der Kommunisten, die durch die Auflösung des Landtages, die Gemeinderatsform verhindert haben, die bekanntlich die Möglichkeit vorah, den Arbeitern den Lohnausfall durch die Teilnahme an Betriebsausstellungen usw. zu ersetzen. Gatten die: Kommunisten den Landtag nicht auflösen lassen, so wäre es heute möglich, den Arbeitern diesen Lohnausfall zu ersetzen.
Reider erfahren die kommunistischen Leser auch nicht, daß der Minister inzwischen Vorkehrungen getroffen hat, daß die Arbeiter durch ihre Teilnahme an solchen Spionage nicht gar so sehr geschädigt werden. Das Ministerium hat, schon vor längerer Zeit, verfügt, daß die Beschäftigungsstellen der Feuerungsveranstaltungen nach Möglichkeit angepasst werden. Ein Arbeiter, der heute an einer solchen Sitzung teilnehmen muß, erhält zum mindesten 1000 M. für den Tag. Das aber unterschätzt man wohlweislich den kommunistischen Leser. Es kommt eben lediglich auf die Höhe an, und es gibt ja immer noch Summe genug, die darauf hinweisen.

Verhandlungen über einheitliche Bahntarife.

Berlin, 28. Dezember.

Augenblicklich schweden, wie hier aus guter Quelle verlautet, zwischen der deutschen Reichsbahn und den beteiligten polnischen und rumänischen Bahnen Verhandlungen zur Einführung von einheitlichen Tarifen. Man erwartet, daß ein Einheitsvertrag zwischen Deutschland und Polen, einschließlich Danzig, schon in den ersten Tagen des Januar herauskommt, demgegenüber ein Einheitsvertrag zwischen Deutschland und Rumänien. Im Anschluß hieran sollen Verhandlungen beginnen, um auch Tarife zwischen Deutschland und den nordöstlichen, sowie mit schließlich von Polen gelegenen Staaten im Durchgangsverkehr durch Polen zustande zu bringen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Wien, 29. Dezember.

Im November betrug die Steigerung der Sparanlagen bei der Postsparkasse, in den Sparbüchern und Banken nahezu 22 Milliarden Kronen gegenüber 14½ Milliarden im Oktober. Der Bestand an Einlagen betrug sich Ende November auf über 60 Milliarden Kronen.

London, 29. Dezember.

Reuter meldet aus Kairo: Der Premierminister hat einen Brief an Lord Bessborough gerichtet, worin er die Entziehung der Regierung über die Ermordung des englischen Professors Hobson ausdrückt und eine Entschädigung für die Familie des Verstorbenen in Aussicht stellt. Bessborough hat der Regierung mitgeteilt, es könne keine Rede von der Aufhebung des Belagerungszustandes sein, solange derartige Angriffe fortwähren. Die britische Konsularliste müßte wieder in den Straßen von Kairo patrouillieren.

Amerika erklärte Kommenem, daß die Sowjetregierung auf den Vorschlag Amerikas, eine Studienkommission nach Rußland zu entsenden...

Die Lausanner Konferenz bezeichnete Kommenem als ein Duell zwischen England und dem Bunde der Sowjetrepubliken...

Ramenev erklärte zur Frage des Außenhandels, daß die Hauptoffensive gegen die Versuche, Rußland zu einer Kolonie zu machen...

Ramenev erklärte zur Frage des Außenhandels, daß die Hauptoffensive gegen die Versuche, Rußland zu einer Kolonie zu machen...

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die heute ausgegebene Nr. 85 des Reichsgerichtsblattes, Teil I, enthält: Ges. zur Änderung des Ges. über die Zwangsanklage...

Dresden.

Stadtverordneten-Jahresabschluss. Auf den Antrag der Stadtverordneten, die im Reichsmietengesetze vorzusehenden Hundertteile möglichst auf Grund von Vereinbarungen...

Protest gegen die Erhöhung der Getreidepreise zu erheben, ferner den Rat zu eruchen, sich diesem Vorgehen anzuschließen...

Aberblick über die Tätigkeit des Kollegiums und seiner Ausschüsse im ablaufenden Geschäftsjahr.

Erhöhlung der Beiträge für die Kohlenwirtschaftskasse. (N.) Zur Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftskassen sind nach einer Verordnung...

Ist die Soziale Abgabe zulässig? Mit einer außerordentlich wichtigen kommunalpolitischen Steuerangelegenheit hatte sich am 26. Dezember...

Der neue Straßenbahnfahrpreis: 80 Mark. Die Ausgaben der Städtischen Straßenbahn haben sich betr. vergrößert, daß sie nun, auf ein Jahr bezogen, über 5 Milliarden M. betragen...

Der neue Straßenbahnfahrpreis: 80 Mark. Die Ausgaben der Städtischen Straßenbahn haben sich betr. vergrößert, daß sie nun, auf ein Jahr bezogen, über 5 Milliarden M. betragen...

Der neue Straßenbahnfahrpreis: 80 Mark. Die Ausgaben der Städtischen Straßenbahn haben sich betr. vergrößert, daß sie nun, auf ein Jahr bezogen, über 5 Milliarden M. betragen...

Der neue Straßenbahnfahrpreis: 80 Mark. Die Ausgaben der Städtischen Straßenbahn haben sich betr. vergrößert, daß sie nun, auf ein Jahr bezogen, über 5 Milliarden M. betragen...

Der neue Straßenbahnfahrpreis: 80 Mark. Die Ausgaben der Städtischen Straßenbahn haben sich betr. vergrößert, daß sie nun, auf ein Jahr bezogen, über 5 Milliarden M. betragen...

Deutsche Rotgenossenschaft. Für die Sammlung sind weiter an größeren Spenden eingegangen: 300 000 M. von der Dresdner Bank, 50 000 M. Kunsthausplatz, 40 000 M. Kömmler u. Jonas...

Das Jahr endet — die Not nicht! Gib der Rotgenossenschaft!

Aus Sachsen. Offene Stellen für Lehrer. 2 händ. Stelle zu Juni- u. Okt. Ost-Klasse C. Kol.: Oberste Schulbehörde.

Zahlungen an Kriegshinterbliebene. (N.) Die im Freistaat Sachsen wohnhaften Kriegshinterbliebenen erhalten vom 1. Januar 1923 an beantragte Renten vorläufige nicht mehr durch die Fürsorgestellen...

Leipzig. Auf der Tagesordnung einer gemeinschaftlichen Sitzung der sächsischen Kollegien am 2. Januar steht die Oberbürgermeister-Wahl.

Geheimrat für die Witwenkasse für 1. Febr. 1923 gesucht. Besetzung nach Art. 6, Dist. C. Beamte, die im Büro- und Bankwesen...

Beamtenanwärter. nicht unter 20 J., tüchtig im neuzeitl. Steuerwesen, sofort gesucht.

Beamtenanwärter für Spar- und Girokassen mit hauptamtlichem Amt für sofort gesucht.

Affident. (Anwärter) für Gemeindevorsteherstelle sofort gesucht.

Bahnwagen. sucht zu kaufen Gemeinderat Leubnitz b. Weiden, Befähigungssamt.

Advertisement for 'Damm' beer, featuring a logo and text: 'In teurer Zeit Deutscher Obstwein ohne Zolle Erdbeerwein humig, süß Heidelbeerwein rot-herb :: rot-süß Johannisbeerwein feurig, süß Bowlenweine in Flaschen ausgemessen Korbfässer Gebirgen Schaumweine C. Spielhagen'.

Tageskalender. Sonnabend, 30. Dezbr. Stadttheater. Opernhaus. Ende gegen 7 1/2 Uhr.

Stenotyp- u. Handelskurse

3. bzw. 8. Jan. 9, 4, 7 Uhr. Kaufamt u. Stenotypfrei. — Sonderklasse f. Herren u. Damen u. hoh. Schulbildung.

Rackow, Alt. 15. Tel. 17137.

wünscht aber Gemütheit darüber zu haben, ob er auf eine sechsjährige Wiederwahl rechnen kann oder nicht.

Devisenkurse. 29. Dezember.

Table with columns: Telegraphische Notiz, Gold, Brief, Silber, Reichsmark. Lists exchange rates for various currencies.

Landeswetterkarte. (29. Dezember.)

Dresden: Höhe 110 m. Min. 0,4. Max. 5,1. Niederschlag: 0,0. Temperatur: 1,1. Schnee: —.

Neufindler Schauspieler.

Nachm. 7/8 Uhr (kleine Preise): Die Räuberkönigin. Ende gegen 6 Uhr.

Reichenzentheater.

Nachm. 7/8 Uhr (ermäßig. Preise): Der Edelweißkönig. Ende gegen 6 Uhr.

Zentraltheater.

Täglich Spezialitätenvorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntags 3 Uhr (ermäßigte Preise).

Victoriatheater.

Täglich Spezialitätenvorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr.

Wasserkunde der Elbe und Moldau.

28. Dez. — 10 + 84 + 194 + 158 + 174 + 217 + 70 29. Dez. — 12 + 82 + 165 + 160 + 160 + 196 + 58

Familiennachrichten.

Verlobt: Hr. Walter Hahn in Auerbach i. V. mit Frä. Charlott. Koch in Dresden; Hr. Regierungsrat Dr. jur. Rudolf Reigig mit Frau Elise verw. Hänel geb. Kühne in Dresden-Streben; Hr. Karl Reichel mit Fr. Elisabeth Häblich in Dresden; Hr. Dr. phil. Georg Froberg in Dortmund mit Fr. Marianne Tausert in Leipzig.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

